

Bei Windenergie ist der Druck raus

Planungsverband streicht Ausbaupläne zusammen

Von Thomas Maier

Frankfurt ■ Bei der Windkraft wollte das Rhein-Main-Gebiet im ersten Flächennutzungsplan für die Region ein Zeichen setzen. Doch von den ehrgeizigen Zielen des Planungsverbands Frankfurt/Rhein-Main, der 1700 Hektar oder 0,7 Prozent der Gesamtfläche für Windenergieanlagen reserviert hatte, ist nicht mehr viel übriggeblieben. Nach jahrelanger Diskussion strich gestern in der Verbandsversammlung (Parlament) die CDU-Mehrheit gemeinsam mit Freien Wählern und FDP die möglichen Windkraft-Flächen rigoros auf 0,14 Prozent zusammen. Statt der 66 Anlagen, die die bis 2006 dominierende Mehrheit aus SPD und Grünen vorgesehen hatte, sollen nur noch fünf errichtet werden. Im Taunus wurden alle Anlagen abgelehnt.

Bei der Debatte im Frank-

furter Römer (Rathaus) griff die Union dankbar die Vorlage der neuen Umweltministerin Silke Lautenschläger auf, die vor wenigen Tagen erklärt hatte, dass Hessen kein Land der Windenergie sei. „Ein Verdichtungsgebiet wie der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist erst recht keine Region für Windenergie“, folgerte daraus CDU-Sprecherin Andrea Mühl aus dem südhessischen Dreieich.

Windräder im Naturpark Taunus oder entlang der Regionalpark-Route Hohe Straße seien schon aus ästhetischen Gründen abzulehnen, meinte Mühl und sieht dabei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. In Seligenstadt, das den mit über 200 Hektar größten Windpark erhalten sollte, hat die CDU ausgerechnet Umweltschutzgründe geltend gemacht. Dort sei eine besondere Fledermausart beheimatet.

Die SPD warf der CDU einen „rigorosen ökologischen und politischen Kahlschlag“ vor. Es sei „absolut schleierhaft“, wie Regierungschef Roland Koch in Hessen sein selbst proklamiertes Ziel von 15 Prozent an regenerativen Energien bis 2015 erreichen wolle, sagte SPD-Fraktionschef Ludger Stüve. Der Bürgermeister aus Schöneck im Main-Kinzig-Kreis ist besonders empört darüber, dass die CDU in der Region auch solchen Gemeinden

das Betreiben von Windrädern verbietet, die das ausdrücklich wollen. Dazu gehört auch Schöneck, das gerne einen zweiten Windpark errichten will. Mit dem Bau des ersten Parks soll demnächst begonnen werden.

In einer ersten Reaktion der hessischen Grünen hieß es, dass die CDU „Hessen zum letzten Musterland der Kohle- und Atomwirtschaft“ mache. Länder wie Sachsen und Rheinland-Pfalz zeigten, dass auch weitab von den Küsten die Windkraft einen wesentli-

chen Anteil an der Stromerzeugung erreichen könne.

Möglicherweise ist das letzte Wort in Sachen Windkraft aber noch nicht gesprochen. Der Direktor des Planungsverbands, Stephan Wildhirt, hält den Flächennutzungsplan juristisch für kaum genehmigungsfähig, da inzwischen eine Mindestfläche von 0,5 Prozent für Windenergie allgemein als verbindlich erachtet werde. Unter der Ägide des SPD-Politikers aus Offenbach, der noch bis Anfang 2010 amtiert, war der Flä-

chennutzungsplan in den vergangenen Jahren entworfen worden.

Ungeachtet des erbitterten Streits um die Windkraft waren sich die Parteien in der Verbandsversammlung bei den anderen zentralen Punkten des Plans einig. Die Ausweisung der Flächen in der Region für Wohngebiete wurde gegenüber dem Vorentwurf von über 3000 auf 2500 Hektar reduziert. Die Gewerbefläche wurde von 2800 auf 2400 Hektar nach unten revidiert. Angesichts der Weltwirt-

schaftskrise und des Klimawandels sei dies das „richtige Signal“, meinte Wildhirt. Weitere Argumente waren der Rückgang der Bevölkerungszahl und die Landschaftszersiedelung.

Der Plan wird nun erneut allen Kommunen und Bürgern der Region zur Einsicht vorgelegt. Ende 2010 soll er dann von der Kammer verabschiedet werden. Im Planungsverband sind 75 Kommunen der Region mit insgesamt 2,2 Millionen Einwohnern organisiert.

